

## **P R O T O K O L L**

über die Sitzung **des Ausschusses für Haushalt, Finanzen u. Verwaltungsangelegenheiten** der Stadt Burgdorf am **28.11.2016** im Sitzungszimmer des Rathauses II, Vor dem Hann. Tor 1,

18.WP/A-HFV/002

Beginn öffentlicher Teil: 17:00 Uhr  
Beginn vertraulicher Teil: 19:25 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 19:24 Uhr  
Ende vertraulicher Teil: 19:26 Uhr

---

### **Anwesend: stellv. Vorsitzender**

Pollehn, Armin

### **Mitglied/Mitglieder**

Braun, Hartmut  
Dreeskornfeld, Thomas  
Fleischmann, Michael  
Hinz, Gerald  
Schulz, Kurt-Ulrich  
Wichmann, Christiane

### **stellv. Mitglied/Mitglieder**

Rheinhardt, Michael  
Zschoch, Mirco

### **Beratende/s Mitglied/er**

Rainer, Joachim-Roland  
Waldeck, Jürgen

### **Bürgermeister**

Baxmann, Alfred

### **Verwaltung**

Gawert, Ulrike  
Hammermeister, Lars  
Kugel, Michael  
Philipps, Lutz  
Vierke, Silke  
Voutta, Jens

## **TAGESORDNUNG**

### **Öffentlicher Teil**

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung am 14.11.2016

3. Mitteilungen des Bürgermeisters
  - 3.1. Mitteilung - Regionalisiertes Ergebnis der Steuerschätzung vom November 2016  
Vorlage: 2016 0090
4. Entwurf Haushaltssatzung 2017  
Vorlage: 2016 0001
  - 4.1. Entwurf Haushaltssatzung 2017 - 1. Änderungsliste  
Vorlage: 2016 0001/1
5. Entwurf Investitionsprogramm 2017  
Vorlage: 2016 0002
  - 5.1. Patenschaften Lernmaterial Flüchtlinge -Antrag der AfD-Fraktion zum Investitionsprogramm 2017 bis 2020 vom 20.11.2016 -  
Vorlage: 2016 0096
  - 5.2. Soziale Einrichtungen für Aussiedler und Ausländer - Antrag der AfD-Fraktion zum Investitionsprogramm 2017 bis 2020 vom 20.11.2016 -  
Vorlage: 2016 0098
6. Entwurf Stellenplan 2017  
Vorlage: 2016 0003
  - 6.1. Entwurf Stellenplan 2017  
Vorlage: 2016 0003/1
7. Haushaltssicherungskonzept 2017  
Vorlage: 2016 0089
8. Anfragen laut Geschäftsordnung
9. Anregungen an die Verwaltung

### **Einwohnerfragestunde**

#### Öffentlicher Teil

#### **1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung**

---

**Herr Pollehn** eröffnete um 17.00 Uhr die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Anschließend wurde die Tagesordnung in der diesem Protokoll vorangestellten Form einstimmig beschlossen.

#### **2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung am 14.11.2016**

---

Das Protokoll über die Sitzung vom 14.11.2016 wurde einstimmig genehmigt.

### **3. Mitteilungen des Bürgermeisters**

---

#### **3.1. Mitteilung - Regionalisiertes Ergebnis der Steuerschätzung vom November 2016 Vorlage: 2016 0090**

---

**Herr Philipps** führte aus, dass die in der Mitteilungsvorlage genannten Auswirkungen der Steuerschätzung in der 1. Änderungsliste zum Haushalt 2017 berücksichtigt wurden.

### **4. Entwurf Haushaltssatzung 2017 Vorlage: 2016 0001**

---

#### **4.1. Entwurf Haushaltssatzung 2017 - 1. Änderungsliste Vorlage: 2016 0001/1**

---

**Herr Philipps** wies darauf hin, dass in der 1. Änderungsliste zum Haushalt die Positionen aufgeführt seien, bei denen sich seit Fertigstellung des Entwurfs Änderungen ergeben haben. Außerdem sei eine Liste mit den Empfehlungen der Fachausschüsse sowie Ortsräte beigefügt, über die der Rat noch abschließend beschließen müsse.

**Frau Wichmann** erkundigte sich, ob noch Beratungen zu den freiwilligen Leistungen erfolgen würden. Hierzu erklärte **Herr Philipps**, dass die Liste der freiwilligen Leistungen dem Entwurf des Haushaltssicherungskonzeptes beigefügt sei und in diesem Zusammenhang eine Beratung erfolgen könne.

**Herr Baxmann** betonte, dass die Verwaltung mit der vorgelegten Liste die Möglichkeiten aufgezeigt habe, um Haushaltssicherung zu betreiben. Letztendlich seien es jedoch politische Entscheidungen, ob einzelne Leistungen gestrichen werden sollten.

**Herr Hinz** wies darauf hin, dass bei vielen Positionen in der Liste der freiwilligen Leistungen Organisationen von entsprechenden Zuschüssen abhängig seien, um ihre Arbeit leisten zu können. Es sollte jetzt für den Haushalt 2017 keine Kürzung vorgenommen werden. Die einzelnen Leistungen sollten in der AG Haushaltssicherung besprochen werden.

Von **Herrn Braun** wurde die Frage aufgeworfen, ob der Ansatz für die Sanierung der Sportanlage am Gymnasium zwangsläufig notwendig sei oder

die Maßnahme evtl. noch verschoben werden könne. Die Verwaltung sagte hierzu eine zeitnahe Beantwortung zu.

**Herr Dreeskornfeld** schlug vor, alle freiwilligen Leistungen erst einmal zu streichen, um dann zu prüfen, welche Leistungen noch im Hinblick auf die kritische Haushaltssituation genehmigt werden könnten.

**Herr Fleischmann** betonte, dass bei Streichung von freiwilligen Leistungen, insbesondere Zuschüsse an Vereine und Verbände, die Stadt Burgdorf weniger lebenswert und mit weniger Zuzügen zu rechnen sei, da hier viel für die Aufenthaltsqualität geleistet werde. Er schlug aber vor, im Rahmen der Haushaltssicherung die Abführung der Sparkasse an die Stadt zu erhöhen.

**Herr Baxmann** warnte davor, der Sparkasse eine höhere Abführung abzuverlangen. Dieses könne nicht im Interesse der Stadt liegen, da hier viel Sponsorenmittel an Vereine und Verbände für Burgdorf fließen, die auch benötigt würden.

**Herr Schulz** wies darauf hin, dass der Bereich der Kindertagesstätten ein Defizit von 3 Mio. € aufweise, aber die Gebühren nicht so weit erhöht werden könnten, um hier eine Kostendeckung zu erreichen.

Es müsse in der Bevölkerung – so **Herr Baxmann** – ein Bewusstsein dafür geschaffen werden, dass städtische Leistungen bezahlt und die Nutzer von Einrichtungen daran sozialverträglich beteiligt werden müssten.

Weiter sprach **Herr Schulz** den Ansatz von 250 T€ beim Gymnasium für Baumaßnahmen bzw. Planungen des Raumbedarfs an. Da der Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport empfohlen habe, den Neubau Gudrun-Pausewang Grundschule dem Gymnasium zu übertragen, müsse s.E. der Ansatz jetzt beim Produkt GP-GS veranschlagt werden.

**Herr Philipps** erklärt hierzu, dass nach endgültiger Beschlusslage zur Schulraumsituation eine entsprechende Zuordnung vorgenommen werde. Bei dem eingestellten Ansatz handele es sich um eine Haushaltsermächtigung, die aber noch keinen Anspruch auf Auszahlung begründe. Diese bedürfe dann erst eines politischen Beschlusses.

**Herr Zschoch** wies darauf hin, dass er in vielen Punkten mit dem Bürgermeister übereinstimme. Er sehe die Mittel der Sparkasse als Wirtschaftsförderung und man solle sich diesen Sponsor erhalten. Die Politik müsse jetzt bestimmte Zielmarken erarbeiten und Standards überprüfen. Er plädiere dafür, eine Zielvereinbarung dahingehend abzuschließen, am Ende dieser Wahlperiode einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen zu können.

Die Ausschussmitglieder waren sich einig, dass das strukturelle Defizit des Ergebnishaushalts erheblich reduziert und hierfür eine entsprechende Zielvereinbarung formuliert werden müsse.

**Herr Philipps** erläuterte, dass die 1. Änderungsliste jetzt einen Zwischenbericht zum Haushalt darstelle. Zur Sitzung am 05.12. werde dann die 2. Änderungsliste vorgelegt und nach deren Beratung im Ausschuss für Haushalt, Finanzen und Verwaltungsangelegenheiten eine Liste für den Verwaltungsausschuss zur Empfehlung an den Rat erstellt.

**Herr Philipps** kündigte an, dass in der 2. Änderungsliste der im Entwurf eingestellte Ansatz von 638.000 € für die Außenanlagen des Gymnasiums

und der Gudrun-Pausewang Grundschule aufgrund der sich jetzt abzeichnenden Situation im Schulbereich um 450.000 € reduziert werden könne.

**Frau Vierke** erkundigte sich bei den Ausschussmitgliedern, ob die ermittelten Kosten für ein öffentliches WLAN-Netz bereits auf die 2. Änderungsliste mit aufgenommen werden sollten. Bei Aufstellung von 4 Accesspoints im Bereich Spittaplatz / Marktstraße würden einmalige Kosten von rd. 7.500 € sowie jährlich lfd. Kosten von rd. 3.300 € anfallen.

Die Ausschussmitglieder waren sich einig, dass hier erst eine Beratung in den Fraktionen stattfinden solle.

## **5. Entwurf Investitionsprogramm 2017 Vorlage: 2016 0002**

---

**Herr Philipps** erklärte, dass die wesentlichen Punkte des Investitionsprogramms bereits angesprochen wurden. Änderungen gegenüber dem Entwurf seien in der 1. Änderungsliste zum Haushalt aufgeführt.

Über die nächste Liste werde im Bereich der Feuerwehr noch eine Aufteilung eines Fahrzeuges über einen Zeitraum von zwei Jahren erfolgen.

### **5.1. Patenschaften Lernmaterial Flüchtlinge -Antrag der AfD-Fraktion zum Investitionsprogramm 2017 bis 2020 vom 20.11.2016 - Vorlage: 2016 0096**

---

**Frau Wichmann** erläuterte kurz ihren Antrag. Die Ausschussmitglieder waren sich einig darüber, dass eine Schulausstattung nicht per Spende zur Verfügung gestellt werden könne, sondern der Schulträger hierfür verantwortlich wäre.

Nach einer kurzen Aussprache zog Frau Wichmann den Antrag zurück.

### **5.2. Soziale Einrichtungen für Aussiedler und Ausländer - Antrag der AfD-Fraktion zum Investitionsprogramm 2017 bis 2020 vom 20.11.2016 - Vorlage: 2016 0098**

---

Nach Erläuterung des Antrages durch **Frau Wichmann** erklärte **Herr Kugel**, dass es sich hier um die Ausstattung der Büros der vor Ort eingesetzten Sozialarbeiter, die MitarbeiterInnen der Stadt Burgdorf seien, handele. Die Ausschussmitglieder waren sich einig, dass ein Einsatz von Sozialarbeitern direkt vor Ort notwendig sei und dafür die entsprechende Einrichtung bereitgestellt werden müsse.

Der Antrag wurde von Frau Wichmann zurückgezogen.

**6. Entwurf Stellenplan 2017**  
**Vorlage: 2016 0003**

---

**6.1. Entwurf Stellenplan 2017**  
**Vorlage: 2016 0003/1**

---

**Frau Vierke** erklärte, dass aus den Fachausschüssen bisher keine Empfehlungen zum Stellenplan abgegeben wurden.

**Herr Kugel** wies darauf hin, dass im Bereich des Unterhaltsvorschusses voraussichtlich mit einer späteren Gesetzesänderung zu rechnen sei, gleichwohl aber die im Stellenplan vorgesehene Stelle erhalten bleiben solle, um bei Bedarf rechtzeitig reagieren zu können.

**Herr Zschoch** schlug vor, der Verwaltung eine Obergrenze zum Stellenplan vorzugeben. Die Verwaltung könne dann die benötigten Stellen selbst priorisieren.

Dazu erwiderte **Herr Baxmann**, dass sich die Politik dann der Verantwortung entziehen würde. Von der Politik müsse vorgegeben werden, welche Aufgaben reduziert werden sollen, damit der Stellenplan darauf entsprechend angepasst werden könnte. Bei den Pflichtaufgaben könne keine Obergrenze festgesetzt werden. Auch müssen die Kommunen die Aufgaben mit entsprechendem Personal wahrnehmen, die durch Bundes- oder Landesebene nach unten delegiert werden.

Nach kurzer weiterer Diskussion wurde der Tagesordnungspunkt verlassen.

**7. Haushaltssicherungskonzept 2017**  
**Vorlage: 2016 0089**

---

**Herr Hammermeister** wies darauf hin, dass im Haushaltssicherungskonzept 2017 auch der Bericht über die durchgeführten Sicherungsmaßnahmen 2015 enthalten sei. Unter der lfd. Nr. 5 sei dann die für 2017 bisher vorgesehene Sicherungsmaßnahme abgebildet.

Die Ausschusmitglieder waren sich einig, dass noch entsprechender Beratungsbedarf in den Fraktionen bestehe.

In diesem Zusammenhang sprach **Herr Fleischmann** die große Abweichung der Plan- zu den Istwerten der einzelnen Haushaltsjahre an.

**Herr Philipps** wies darauf hin, dass die Istwerte stark von der Entwicklung der Einnahmen sowie der Haushaltsführung im laufenden Jahr abhängen. Bei Aufstellung der Haushaltspläne seien auch die vorgegebenen Orientierungsdaten zu Grunde zu legen. Wie der Haushalt sich dann im laufenden Jahr entwickle, sei – in gleicher Weise wie das (im Mai und November eines jeden Jahres) prognostizierte Steueraufkommen insgesamt - nicht vorhersehbar bzw. exakt bezifferbar.

Anschließend wurde der Tagesordnungspunkt verlassen.

**8. Anfragen laut Geschäftsordnung**

---

K e i n e

**9. Anregungen an die Verwaltung**

---

K e i n e

**Einwohnerfragestunde**

Es waren keine Einwohner anwesend.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ratsvorsitzender/Ausschussvorsitzender

Protokollführer